Argumentationspapier zur geplanten Wasserüberleitung aus der Elbe in die Spree

1. Hintergrund

Mit dem beschlossenen Kohleausstieg im Jahr 2038 wird auch das bisher aus den Tagebauen der Lausitz in die Spree abgepumpte Grundwasser wegfallen. Dieses Grundwasser hat bisher den Abfluss der Spree künstlich aufgehöht und hat entsprechend auch zu Gewöhnungseffekten an der Spree und der Havel geführt. Das Pumpwasser stellt derzeit im Sommer fast ausschließlich den Abfluss der Spree dar, so lautet die Argumentation. Ein Wegfall dieses Pumpwassers ab spätestens 2038 würde damit erhebliche Folgen für die Spree in Nord-Ost-Sachsen, Brandenburg und Berlin haben, wenn es nicht durch entsprechende Maßnahmen kompensiert wird. Besonders betroffen wäre der Spreewald, der im Sommer zeitweise zumindest partiell trockenfallen würde. Auch die Wasserversorgung Berlins, die sich teilweise auf die Spree stützt, wäre gefährdet. Die Auffüllung der geplanten Bergbaurestseen und deren erhebliche Verdunstungsverluste verschärfen die Situation noch zusätzlich.

Vor diesem Hintergrund ist das Umweltbundesamt (UBA) aktiv geworden und hat im Juni 2023 eine Studie zu den wasserwirtschaftlichen Folgen des Bergbauendes für die Lausitz https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/wasserwirtschaftliche-folgen-des veröffentlicht, in der eine Überleitung von Elbwasser als entscheidender Baustein im Umgang mit dem vorhersehbaren Wassermangel in der Spree dargestellt wurde. Die Untersuchung des UBA bildet dabei eine vollständig nutzungsorientierte Sichtweise ohne Betrachtung verschiedener Szenarien, ab. Dies äußert sich unter anderem darin, dass eine Schaffung von touristisch genutzten Seen mit den oben erwähnten Verdunstungsverlusten ebenso als feste Voraussetzung der Entwicklung der Lausitz angesehen wird, wie die Ansiedlung wasserintensiver Industrie. Vorgesehen ist unter anderem der Bau eines Elektrolyseurs in einer der wasserärmsten Regionen Deutschlands, ein Rechenzentrum in Lübbenau ist bereits im Bau. Weiterhin wurde eine Betrachtung der Elbe, also der potenziellen Geberseite, im UBA-Gutachten nicht vorgenommen. Trotz dieser Schwächen hatte die UBA-Studie erheblichen Einfluss auf Politik und Fachöffentlichkeit und führte dazu, dass sich die Arbeitsgemeinschaft Flussgebietsbewirtschaftung Oder/Spree/Lausitzer Neiße/Schwarze Elster mit den beteiligten Ländern Berlin, Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt intensiv mit der Thematik auseinandergesetzt hat. Allerdings geschah diese Auseinandersetzung mit dem Fokus auf die UBA-Studie und ebenfalls rein nutzerzentriert. Sie beschränkte sich im Wesentlichen auf die Lösung des Problems durch die Zuführung von Wasser in Verbindung mit Speicherlösungen. Ganzheitliche ökologische Lösungen, Reduzierungen des Bedarfs der Wassernutzer in der Lausitz sowie ökonomische Anreize blieben außen vor. So wurde Ende 2024 eine ingenieurtechnische Machbarkeitsstudie zur Trassensuche für eine Elbwasserüberleitung in Auftrag gegeben, die auf etwa 2 Jahre angelegt ist und deren Hauptauftragnehmer die Firma Spiekermann Ingenieure ist. Diese Studie wird fachlich von einer projektbegleitenden Arbeitsgruppe mit den beteiligten Landesministerien und nachgeordneten Behörden begleitet, verantwortlich ist letztlich das Sächsische Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft. Weiterhin wurden weitere Studien zur Wasserbedarfsentwicklung, zur Wasserspeicherung im Spreegebiet sowie zur Wasserüberleitung aus der Oder bzw. Neiße beauftragt, die etwa im selben Zeithorizont abgeschlossen sein sollen. Danach soll politisch entschieden werden. Seitens der Fachleute hält man aber eine Lösung ohne Elbwasserüberleitung für kaum möglich, politisch gibt es seitens der Länder Brandenburg und Berlin erheblichen Druck in Richtung einer solchen Lösung, da sie im Grunde bedeutet, dass man mit dem Spreewasser weitgehend genauso großzügig wie bisher umgehen könnte. Seitens der Verantwortlichen wird hinsichtlich der Wasserüberleitung eine Regelung in Aussicht gestellt, die eine Wasserentnahme unter bestimmten Parametern (Wahrscheinlich Entnahme erst ab GLQ = Abfluss, der zum Erreichen des Gleichwertigen Wasserstandes notwendig ist) vorsieht. Die Auswirkungen auf vorhandene legitime Nutzungen und den Naturhaushalt im weiteren Verlauf der Elbe werden bislang vernachlässigt. Sie müssen zwingend ermittelt werden und gehören in die Gesamtabwägung.

Die Elbwasserüberleitung soll durch Rohrleitungen, Stollen oder eine Kombination daraus erfolgen. Derzeit sind noch verschiedene Trassen in der Diskussion, die bei Bad Schandau, Pirna oder Riesa ihren Anfang nehmen. Die Trassen weiter im Süden müssen erhebliches Gefälle überwinden, sind dafür aber kürzer und erreichen auch den Oberlauf der Spree. Die Trassen weiter im Norden müssen weniger Höhenunterschied überwinden, sind aber länger und erreichen die Spree erst weiter nördlich. Stollenmaßnahmen sind teurer, dafür muss weniger gepumpt werden. Pumpen wird jedoch immer erforderlich sein.

Die Unterzeichner haben sich zusammengeschlossen, um ihre Kritik gegenüber einer Wasserüberleitung aus der Elbe in die Spree darzulegen und andere Lösungsmöglichkeiten aufzuzeigen.

2. Kritik an der Maßnahme

Grundsätzlich geht aus dem UBA-Gutachten bereits hervor, dass die Spree kein Mengen-, sondern ein zeitliches und räumliches Verteilungsproblem hat. Speicher und Wasserüberleitungen lösen dieses Verteilproblem nicht. Es liegt zudem keine Variantenuntersuchung verschiedener Ansätze noch eine kritische Auseinandersetzung mit Potenzialen zur Bedarfsreduzierung vor, vielmehr werden auch derzeit nur Speicher- und Wasserüberleitungsoptionen untersucht, auf die eine politische Entscheidung aufsetzen soll. Lösungen im Einzugsbereich der Spree zum Beispiel zur Erhöhung der Grundwasserneubildung und des Niederschlagsrückhalts unterbleiben ebenso, wie eine Optimierung des Bedarfs der Nutzer im Einzugsgebiet der Spree. Weitere spezielle Kritikpunkte bei der Umsetzung der konkreten Planungen sind:

2.1. Folgen für die Region der angestrebten Baumaßnahme

Alle geplanten Trassen bedeuten teils erhebliche Eingriffe in die Landschaft mit dem Bau von Rohrleitungen und/oder Stollen. Alle geplanten Trassen kommen nicht ohne Pumpen aus, da der Wasserspiegel der Elbe niedriger liegt als jener der Spree und teilweise noch Gebirgsmassive überwunden werden müssen. Diese Pumpleistung wird zu dauerhaft hohen Kosten und zu einem erheblichen Verbrauch von Energie führen, der sich bestenfalls teilweise zurückgewinnen lässt. Ob eine Reinigung des Elbwassers und der Bau einer Kläranlage erforderlich ist, muss noch untersucht werden. Es sei darauf hingewiesen, dass die an die feinen Schwebstoffe gebundenen Schadstoffe, die aus dem Bereich der Binnenelbe stammen, in der weit entfernten Tideelbe noch zu erheblichen Einschränkungen im Umgang mit den elbetypischen Sedimenten führen. Ob die Kosten einer Wasseraufbereitung und dem erforderlichen Umgang mit den filtrierten Schwebstoffen im Verhältnis zum Nutzen stehen, darf bezweifelt werden. Gerade für das Land Sachsen stellt sich diese Frage, da vor allem Brandenburg und Berlin davon profitieren. Dies ist auch der Grund, dass eine Bundesfinanzierung angestrebt wird.

2.2. Die Elbe ist ein Fluss, der in hohem Maße von Wassermangel betroffen ist

Grundsätzlich ist festzustellen, dass die Elbe mindestens in den letzten zwei Jahrzehnten verstärkt von Wassermangel betroffen ist. Die im Gesamtkonzept Elbe als Ziel avisierten 1,40m Tauchtiefe an 345 Tagen werden derzeit bei weitem nicht erreicht und inzwischen geht man davon aus, dass sie auch mit der Umsetzung des Gesamtkonzepts Elbe nicht erreichbar sind. Es wird deshalb eine Korrektur des Gleichwertigen Wasserstandes nach unten erwartet. Die Elbe leidet unter den Folgen des Klimawandels und geringerer winterlicher Schneefälle in Tschechien, unter mehr Verdunstung und mehr Entnahmen für Landwirtschaft und Industrie. Eine Wasserüberleitung bedeutet, dass man aus einer Mangelregion Wasser entnimmt, um in einer anderen Mangelregion den Mangel zu lindern. Dabei ist schon heute an der Elbe häufig keine kommerzielle Schifffahrt möglich und die Auwälder und andere wertvolle Biotope leiden unter zu seltener Überflutung. Dies wird nicht nur regionale Folgen haben, sondern bis in die Tideelbe zu deutlich spürbaren Veränderungen führen. Das gemeinsame Ziel des Gesamtkonzeptes Elbe, die umweltverträgliche verkehrliche Nutzung der Binnenelbe und die wasserwirtschaftlichen Notwendigkeiten mit der Erhaltung des wertvollen Naturraums in Einklang zu bringen, wäre mit einer Wasserüberleitung kaum noch erreichbar.

2.3. Eine Wasserüberleitung hat konkrete Folgen bei den Unterliegern

Folgen der Wasserüberleitung bei den Unterliegern könnten im Einzelnen sein:

- Weitere Verschlechterung der Parameter für die Güter- und Personenschifffahrt
- Weitere Verschlechterung des ohnehin schon gestörten Landschaftswasserhaushaltes im länderübergreifenden UNESCO-Biosphärenreservat Flusslandschaft Elbe und im UNESCO-Weltkulturerbe Gartenreich Dessau-Wörlitz – beide sind unmittelbar wasserabhängige Auenlandschaften
- Selteneres Auftreten kleinerer Hochwässer die für die Auenlandschaften und hunderte großflächige NATURA 2000-Gebiete mit besonders geschützten Tier- und Pflanzenarten existentiell wichtig sind
- Steigende Sedimentation im Hamburger Hafen durch zu geringeren Oberwasserabfluss der Elbe (Bagger- und Verbringkosten in neunstelliger Höhe pro Jahr)
- Restriktionen beim Bergbau von K+S sowie der Sodaproduktion bei der Einleitung von genutztem Wasser wegen Verdünnungsvorgaben
- Zunehmende Probleme bei der Erzeugung und Reinigung von Trinkwasser in der Elbregion
- Stromauf Verlagerung der Trübungszone und Erhöhung des Salzgehaltes mit Auswirkungen auf FFH-Gebiete im Tide-Ästuar, Einschränkungen der Frostschutzberegnung im Obstbau und der landwirtschaftlichen Bewässerung etc.
- Restriktionen bei der Ansiedlung von Industrie an der Elbe

Aus unserer Sicht ist die Wasserüberleitung nicht nachhaltig. Sie löst ein Problem auf der einen Seite und lädt dort ggf. zu einem sorglosen Umgang mit einer Mangelressource ein, während sie das Problem auf der anderen Seite verschärft. Die Wasserüberleitungsdebatte ist eher Ausdruck einer stärkeren Lobby an der Spree als eines nachhaltigen Lösungsversuchs. Deshalb hat sich auch Rainer Haseloff als damaliger Ministerpräsident Sachsen-Anhalts im September 2025 in der Mitteldeutschen Zeitung dagegen ausgesprochen. Feste Entnahmeparameter helfen nur bedingt, denn gerade aus ökologischer Sicht wird jedes kleinere Hochwasser gebraucht.

2.4. Die erforderlichen Mengen erhöhen sich

Bei der Untersuchung des UBA wurde von einer Wasserentnahme aus der Elbe von 60-65 Mio. Kubikmeter pro Jahr ausgegangen, eine nach Ansicht des UBA im Vergleich mit dem mittleren Abfluss vertretbare Menge. Dabei wird nicht berücksichtigt, dass der mittlere Abfluss der letzten zehn Jahre bereits erheblich gesunken ist gegenüber dem gewässerkundlichen 30-jährigen Mittelwert. Die Entnahmemenge hat sich durch die notwendige Behebung eines zu niedrigen Abflusses der Schwarzen Elster bereits jetzt auf 70-78 Mio. Kubikmeter erhöht. Ob bei genauerer Betrachtung zum Beispiel der Verdunstungsverluste der neuen Seen eine weitere Erhöhung der Mengen erforderlich ist, muss angenommen werden.

2.5. Eine feste Überleitung weckt Begehrlichkeiten

Wenn eine feste Überleitung erst gebaut ist, dann stellt sich die Frage, was bei einem akuten Bedarfsanstieg passiert. Was wird die Folge sein, wenn die Speicherkapazitäten in sehr trockenen Jahren nicht ausreichen, der Spreewald trockenfällt oder Berlin die Wasserversorgung einschränken muss? Es wird aus unserer Sicht ein enormer politscher Druck entstehen, Wasser auch dann zu entnehmen, wenn die Elbe selbst nicht genug Wasser hat. Eine Wasserentnahme bei Niedrigwasser hätte jedoch eklatante Folgen für Landwirtschaft, Wirtschaft, Schifffahrt und Ökologie, und zwar überregional. Dabei ist zu bedenken, dass die entnehmbare Wassermenge durch die Pumpen reglementiert ist. Es ist also möglich, dass die Elbe gar nicht an genug Tagen die erforderliche Wassermenge hat, um die Speicher ausreichend zu füllen.

2.6. Wassermanagement als übergreifendes Thema

Das Thema Wassermangel hat inzwischen seinen Weg in die Politik gefunden. Es ist Ausdruck des neuen Wassergesetzes des Landes Sachsen-Anhalt, das den Wasserrückhalt in der Fläche stärken will. Es ist Thema in den Flussgebietsgemeinschaften und in den Gremien der Elbregion, wie in anderen Regionen. Dazu gehört zunächst die systematische Erfassung von Wasserentnahmen zum Beispiel für Bewässerung, Industrie und die Trinkwasserversorgung. Diese länderübergreifende Erfassung ist weder abgeschlossen, noch sind Parameter entwickelt, wie in Mangelsituationen eine prioritäre Versorgung funktionieren soll. Statt Ad-Hoc-Maßnahmen braucht es übergreifende Strategien mindestens bundesweit.

2.7. Wasserentnahmen werden in der Zukunft eher zunehmen

Die Erhöhung der Durchschnittstemperatur führt zu höherem Wasserbedarf in der Landwirtschaft. Weiterhin wird Wasserentnahme durch Industrieansiedlungen zunehmen. Gerade wurde eine Wasserentnahme in Dresden für den Chiphersteller TCMS beschlossen, weitere Maßnahmen in der Elbregion (z.B. einst für Intel bestimmte Fläche) stehen in Aussicht. Dazu kommen geringere Wassermengen aus Tschechien, wo es ebenfalls Bergbau gibt, der in absehbarer Zeit zum Wegfall von Pumpwasser führen wird. Jede Wasserentnahme muss deshalb auf den Prüfstand.

3. Lösungsansätze

Da im Einzugsgebiet der Spree kein Mengenproblem besteht, sondern es um die jahreszeitliche Verteilung des Abflusses geht, ist die Verbesserung der Wasseraufnahmefähigkeit des Bodens in möglichst großen Teilen des Einzugsgebietes, durch Entwicklung einer höheren Porosität sowie Bildung schnell Wasser aufnehmender Oberböden (z.B. bei höherem Humusanteil); ebenso erforderlich, wie die Erhöhung der Verweildauer des effektiven Niederschlags im Boden, durch Maßnahmen, welche die künstliche Entwässerung von Flächen vermindern und Grundwasserstände erhöhen (z.B. durch Rückbau von Entwässerungsinfrastruktur, Gewässerrenaturierung und höhere Stauregime) und die Förderung von Wasser speichernden Landschaftsteilen.. Neben aktiven wasserwirtschaftlichen Maßnahmen (z.B. Rückbau, Renaturierung, Verbesserung des Staugeschehens) sollte das Hauptaugenmerk auf der Förderung der Versickerungsfähigkeit der Böden und die Entwicklung natürlicher Landschaftsbestandteile

mit wasserspeichernder Wirkung liegen. Diese präferierte Lösung wird in einem Anhang näher erläutert. Weitere Lösungsansätze, die weniger ganzheitlich wirken, ggf. aber auch Alternativen zu einer Überleitung darstellen, sind:

3.1. Ausnutzung aller Sparpotenziale und Erhöhung der Wasserentgelte

Die Wasserüberleitung aus der Elbe soll auch dem Strukturwandel und der Industrieansiedlung in der Lausitz zugutekommen. So wird derzeit in Lübbenau ein Rechenzentrum gebaut, ein Elektrolyseur ist ebenfalls in der Lausitz geplant. Es ist nicht einsichtig, dass wasserintensive Industrie auf Kosten der Elbanlieger in einer der wasserärmsten Regionen Deutschlands angesiedelt wird. Nötig ist aus unserer Sicht ein Überdenken der Ansiedlungspolitik. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) hat aufgrund von Erfahrungen in anderen wasserarmen Regionen einen ökonomischen Ansatz ins Spiel gebracht, nämlich eine Erhöhung von Wasserentgelten, die zur Verbrauchsreduzierung durch Effizienz führt. In Verbindung mit neuen Speichern könnte so aus Sicht des DIW eine Wasserüberleitung vermieden werden. Dabei ist sehr interessant, dass diese Lösung Einnahmen erhöht, statt erhebliche Kosten zu verursachen. (https://www.diw.de/de/diw_01.c.953841.de/)

3.2. Suche nach Alternativen bei der Wasserversorgung Berlins / weitere Speicher

Die Wasserversorgung Berlins ist derzeit stark von der Spree abhängig. Ob andere Lösungen, wie die Entsalzung von Meerwasser, die stärkere Einbeziehung der Havel oder die Nutzung von Grundwasser möglich sind, wurde unseres Wissens noch nicht ausreichend untersucht. Zudem könnten weitere Seen in den Bergbaurestseen als Speicher konzipiert werden. Für uns gilt, dass eine Lösung im Einzugsgebiet der Spree gefunden werden muss.

3.3. Vorerst Weiterführung des Pumpens, Akzeptanz einer Rückkehr zur Situation vor dem Bergbau

Zumindest für eine Übergangszeit könnte das Grundwasser aus den Bergbaurestlöchern weiter in die Spree gepumpt werden. Gleichzeitig muss man für mehr Akzeptanz für Niedrigwasser werben, weil Teile des Spreewaldes auch früher im Sommer trockengefallen sind, so dass es hier vielmehr zu einer Rückkehr zur Normalität nach einer Zeit des Überangebots durch den Bergbau kommt.

Port of Hamburg
HPA Hamburg Port Authority
Für Schifffahrt und Häfen im Elbstromgebiet
Elbe Allianz e.V.
NABU Brandenburg
NABU Hamburg
NABU Landesverband Berlin
NABU Landesverband Sachsen
NABU Sachsen-Anhalt
HHLA Hamburger Hafen und Logistik AG
HVCC
unesco Biosphärenreservat seit 1979
Biosphärenreservat Mittelelbe